72. Jahrgang. № 507

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 27. Oktober 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Oktober 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1066 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dr. Curtius vor dem Haushaltsausschuß.

Die Verschuldung an das Auslandskapital keine Gefahr für die Industrie.

Ist unsere Konjunktur gesichert?

Berlin, 27. Okt. Im Haushaltausschuß des Reichstags wurde die Aussprache über die Finanz- und Wirtschaftslage fortgesetzt. **Abg. Dr. Hilferding** (Soz.) betonte in einer längeren Rede, unsere Finanzwirtschaft stehe in der Hauptsache unter dem Einfluß des Dawes-Plans. Seine Revision werde von jeder verantwortlichen deutschen Stelle angestrebt, doch müsse unsere Finanzwirtschaft so eingerichtet werden, daß die Kosten restlos aufgebracht werden. Es sei unverantwortlich, wenn das in der letzten Zeit im Auslande aufgetretene Mißtrauen von deutschen Kreisen großgezogen werde. Die Verwaltungsreform müsse nun endlich einmal mit Beschleunigung in Angriff genommen werden. Eine weitere Erhöhung des Diskontsatzes erscheine nicht als eine unbedingte Notwendigkeit.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

führte sodann folgendes aus: Wir hatten uns in der Reichsregierung vorgenommen, erst im November über die Wirtschaftslage Auskunft zu geben. Ich erkenne jedoch an, daß der Haushaltausschuß schon heute ein berechtigtes Interesse daran hat. Ich möchte nicht den Konjunkturpropheten spielen. Unsere Konjunktur hängt in zwei Angeln: **Kaufkraft und Kapitalsversorgung.** Von der Kaufkraft her droht, wie ich glaube, die geringste Gefahr. Die Wiederaufnahme von fast zwei Millionen Arbeitsloser in den Wirtschaftsprozeß, die Lohnerhöhungen seit der Stabilisierung, auch die vorgeschlagene Erhöhung der Beamtengehälter sichern von der Kaufkraft aus die Konjunktur noch längere Zeit. Zur Preisfrage darf ich feststellen, daß die Bewegung der Preise keineswegs schon übersteigert ist, sondern daß sie sich im großen und ganzen nur langsam aufwärts bewegt. Auf der anderen Seite jedoch drohen der Konjunktur **Schwierigkeiten aus der Kapitalsbeschaffung.**

Wir sind auf die Zufuhr von Auslandskapitalien angewiesen.

Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur noch aufnahmefähig ist, sondern daß auch weiterhin eine Zufuhr von Auslandskapital notwendig sein wird. Jedenfalls aber scheint es mir als unerläßlich, daß wir uns das gegenwärtige Auslandskreditvolumen erhalten.

Es ist selbstverständlich, daß eine Vertrauenskrisis die verheerendsten Wirkungen haben würde. Die Auslandsverschuldung wird ihrer Gefahr entkleidet, wenn man auf die ökonomischen Gründe zurückgeht, die sie herbeiführten. Deutschland war nach Beendigung des Ruhrkampfes ein Neuland für das Auslandskapital geworden. Es war klar, daß diese Verhältnisse das Auslandskapital anzogen. So konnte es wie ein Nilstrom auf unsere Austrocknung wirken, und ich hoffe, daß wir die Früchte dieser Bewässerung ernten. Was den Umfang der Auslandsverschuldung betrifft, so war laut Statistischem Reichsamt

Ende Oktober 1927 der Stand der langfristigen Anleihen 3,95 Milliarden bei Nichtverrechnung der Dawes-Anleihe und Abzug der Amortisationen seit dem Jahre 1924 aufgenommener Anleihen. Kurzfristige Kredite belasten uns nach der Bruttoschätzung Ende Oktober 1927 mit 3,6 Milliarden. Der Jahreszins (ohne Amortisation) beträgt 460 bis 470 Millionen schätzungsweise. In den 3,95 Milliarden Auslandsanleihen stecken nach anderen Quellen rund zwei Milliarden, die die Privatwirtschaft aufgenommen hat.

Diese Summen sind im Verhältnis zum Eigenkapital der Industrie als geringfügige Verschuldung zu bezeichnen, denn das Eigenvermögen der Industrie beträgt 34,2 Milliarden. Aus dieser Gegenüberstellung wird klar, daß unsere Wirtschaft in keiner Weise gefährdet ist, daß die Sicherheit über allem Zweifel erhaben ist. Das gleiche gilt für die von der öffentlichen Hand aufgenommenen Anleihen, da hinter ihnen die Steuerkraft der Bevölkerung steht.

Die Verwendung der Auslandskredite darf im großen und ganzen als produktiv bezeichnet werden. Darauf hat das Ausland selbst hingewirkt. Die Gefahrenquelle wird immer in der 3,6 Milliarden betragenden kurzfristigen Verschuldung bestehen. Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß hier Schwierigkeiten eintreten, wenn wir nicht selbst das Vertrauen des Auslandes stören. Die Passivität unserer Handelsbilanz ist nichts anderes als der Ausdruck dafür, daß wir das Auslandskapital in großem Umfange aufnehmen mußten. Im übrigen scheint es sich in dieser Hinsicht bessern zu wollen. — An der Hand von einer Fülle von Zahlen beweist der Minister dann,

daß wir bezüglich des Exports von Fertigwaren die Quote von 1911 bereits wieder erreicht haben.

Die Entwicklung sei also keineswegs katastrophal. Unser Einfuhrüberschuß an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist seit Juli um 25 Prozent zurückgegangen, während eine Erhöhung der Mehrausfuhr von Fertigwaren um rund 20 Prozent eingetreten ist, eine keineswegs saisonmäßige Bewegung, die schon drei Monate andauert. Ich kann natürlich keine Gewähr dafür übernehmen, daß die Besserung anhält. In der Beurteilung stimmen Reichsregierung und Reichsbankpräsident weitgehend überein, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, Sicherheit und Produktivität weiterer Aufnahme von Auslandskrediten.

Wir haben versucht, die Beratungsstelle umzuorganisieren. Es handelt sich darum, daß wir die Währung und die wirtschaftlichen Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund stellen, weiter darum, eine Art von zwei Instanzen einzusetzen, in die der Reichsfinanzminister, der Wirtschaftsminister und der Reichsbankpräsident eintreten. Die Berufungsmöglichkeit wird auch den Ländern zugebilligt werden müssen, deren Anleihebegehren in erster Instanz abgelehnt ist. Die Länderregierungen, die ausschlaggebend sind — es handelt sich nicht um eine Maßnahme der Reichsregierung, sondern um eine Vereinbarung der Länder untereinander —, werden sich hoffentlich mit diesen Aenderungsvorschlägen einverstanden erklären.

Die Kabinettssitzung am heutigen Nachmittag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. Okt. Das Reichskabinett, das heute nachmittag 4 Uhr zusammentritt, wird sich, wie verlautet, u. a. auch mit der Wiederaufnahme der polnischen Wirtschaftsverhandlungen beschäftigen. Hierbei erwartet man Widerstände des Reichslandwirtschaftsministers Dr. Schiele in der entscheidenden Frage der Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Polen. **Polen wird zu einem Handelsvertrag nur bereit sein, wenn es als Entgelt für die Einführung deutscher Industrieprodukte landwirtschaftliche Produkte ausführen kann. Geschieht das in größerem Ausmaße, dann dürfte das Schicksal der ostdeutschen Landwirtschaft, die an sich schon schwerste Not leidet, besiegelt sein.** Im übrigen verlautet an amtlicher Stelle, daß es bei dem Umfange der Tagesordnung unter Umständen nicht möglich sein wird, noch heute bis zu diesem wichtigen Punkt vorzudringen.

Der Untergang der „Principessa Mafalda".

(Durch Funkspruch.)

Neuyork, 27. Oktober. Nach einer Meldung der Associated Preß aus Pernambuco gab der Kapitän der „Principessa Mafalda", als kein Zweifel mehr darüber bestand, daß das Schiff infolge der Kesselexplosion untergehen würde, Befehl, mit Volldampf Kurs auf die Abrolhos-Klippen zu nehmen, die nur wenige Meilen von der Küste entfernt sind. Während dieser Zeit spielte die Schiffskapelle zur Beruhigung der etwa achthundert Zwischendeckfahrgäste die italienische Nationalhymne und die Offiziere und Mannschaften mischten sich unter die von panischem Schrecken ergriffenen Auswanderer und sprachen ihnen Mut zu. Die „Principessa Mafalda" hielt mehrere Stunden lang unter Volldampf den Kurs nach der Küste zu ein und wurde dann in den Küstengewässern von den zur Rettung herbeigeeilten Dampfern erreicht. Diese setzten mit bewunderswerter Schnelligkeit ihre Boote aus und übernahmen die Fahrgäste von der „Principessa Mafalda" entweder direkt oder aus den bereits schwimmenden Rettungsbooten dieses Schiffes. Die Anwesenheit der zahlreichen Rettungsdampfer übte eine beruhigende Wirkung auf die Fahrgäste aus und erleichterte das Rettungswerk wesentlich, obwohl die „Principessa Mafalda" nun bereits mit ziemlich großer Schnelligkeit zu sinken begann. Eine Menge kleiner Fahrzeuge lief inzwischen von der Küste nach der Unglücksstelle aus, um nach weiteren Ueberlebenden zu suchen und Bergungsarbeiten vorzunehmen.

Nur noch 34 Vermißte?

Nach den letzten Meldungen aus Rio de Janeiro wurde der größte Teil der auf der „Principessa Mafalda" befindlichen Personen gerettet. Man rechnet sogar nur mit 34 Vermißten.

Der Verwaltungsdirektor des Zirkus Hagenbeck in Hamburg, Vollrath, befindet sich unter den Geretteten auf dem holländischen Dampfer „Elhena". Er hat bereits an seine Mutter einen Funkspruch gelangen lassen.

Nach den Mitteilungen des Stuttgarter Zweigbüros der italienischen Schiffahrtsgesellschaft befanden sich auf dem untergegangenen Dampfer außer dem schon gemeldeten Dr. Vollrath noch drei Deutsche, nämlich der Auswanderer Eugen Schneider aus Schramberg, Richard Kappus aus Pforzheim und ein Braunschweiger namens v. Lucken. Ob die drei Deutschen sich unter den Geretteten befinden, konnte noch nicht ermittelt werden.

Schweres Eisenbahnunglück in Südslawien.

In Südslawien hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Aus Mostar wird hierzu folgendes gemeldet: Als ein von zwei Lokomotiven gezogener Güterzug über eine Brücke zwischen den Stationen Bradina und Brdjani fuhr, gab plötzlich die Brücke nach und der aus sieben Wagen bestehende Zug stürzte 51 Meter tief in den Abgrund hinab. Dabei fanden zwei Bremser den Tod, während der Heizer schwer verwundet wurde. Ein Eisenbahnbeamter wird noch vermißt. Die Eisenbahndirektion von Sarajewo hat sofort eine Untersuchung eingeleitet. Der materielle Schaden ist sehr groß, da sämtliche mit dem Zug beförderten Güter vernichtet worden sind. Die Meldungen, daß bei diesem Unglück 200 Menschen ums Leben gekommen sind, entsprechen nicht den Tatsachen.

Die kritische Entwicklung der Handelskonferenz.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

Genf, 25. Oktober.

Die große Genfer Konferenz zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote ist unwidersprochen in eine ziemlich große allgemeine Krisis hineingeraten, aus der einen Ausweg zu finden einigermaßen schwierig sein dürfte. Was noch vor kurzem als verhältnismäßig einfaches wirtschaftspolitisches Problem angesehen wurde, entpuppte sich im Laufe der ersten Verhandlungswoche als ein Chaos von hundert Teilproblemen; und wer der Meinung gewesen ist, die Erledigung der geplanten Konvention dürfte auf der Voraussetzung eines einigermaßen gleichgerichteten Wunsches der Verhandlungsstaaten beruht haben, der sieht sich heute insofern enttäuscht, als **große Kräfte am Werke sind, um die Konventionsverhandlungen geradezu im Sinne einer Sanktionierung der Außenhandelsverbote als Wirtschaftswaffe aufzufassen.** Man hat mit solchen Schwierigkeiten ohne weiteres von Anfang an rechnen müssen, und zwar schon aus gewissen psychologischen Gründen:

In Genf herrscht entschieden eine beträchtliche Angst vor dem Charakter der Konferenz, die — zum ersten Male in so weittragendem Maße — keine nur vorbereitende Arbeit zu leisten, sondern eine direkte definitive Bindung zu erreichen hat.

Aus diesem Grunde müssen natürlich Einwendungen auftauchen, ja in den Vordergrund gerückt werden, eventuell im weiteren Laufe sogar ultimative Eigenschaften annehmen, die bei bloß vorbereitenden Arbeiten kaum betont worden wären. So ist die Problemstellung in der Konferenz von Tag zu Tag größer und verwickelter geworden; sie ist heute fast unübersichtlich, da **die neuen Anträge an Umfang den ursprünglichen Konventionsentwurf vielfach überflügeln** und daneben einen Wirrwarr darstellen, von dem man kaum absehen kann, wie es auf einen einheitlichen Konventionsnenner gebracht werden soll, ohne daß die Konvention nicht eine gänzlich andere Gestalt annehme.

Die Hauptgegner einer Konvention, welche noch einigermaßen mit dem gesteckten Ziel „Unmöglichmachung der Außenhandelsverbote bei Gewährung seltener, lebenswichtiger Ausnahmen" etwas zu tun hätte, sind wohl für ein verwässertes Abkommen zu haben, das den Protektionismus in allen seinen Formen schützte und dennoch geeignet wäre, die freihändlerischen Schlagworte laufend zu gestatten. Eine solche Konvention — bei der die Anhänger mit dem Argument der weitestgehenden Ratifikation auftreten — änderte indessen am gegenwärtigen Zustand kaum mehr, als daß der verfemte Name „Exportverbot und Importverbot" umgeändert und in anderer Form dieselbe angekämpfte Wirtschaftswaffe sanktionierte.

England und die Vereinigten Staaten sind die Repräsentanten dieser Richtung,

und ihr Widerstand gegen jede bessere Möglichkeit der Vereinbarung, geschweige denn gegen einen praktisch wirksamen Ausbau des Konventionsentwurfes, ist derart tiefgehend, daß sogar in Konferenzkreisen ernsthafteste Befürchtungen hinsichtlich des Zustandekommens einer einigermaßen dem Uebel begegnenden Konvention gehegt und keineswegs im Busen still bewahrt werden. Festland-Europa ist im allgemeinen auf der anderen Seite zu finden, und zwar mit einer prinzipiellen Einigkeit, die eines noch größeren Zweckes würdig wäre; wir sehen Deutschland, Frankreich und Italien (von kleineren Abweichungen der Wünsche abgesehen) in einer Linie kämpfen, und dies mit einer Hartnäckigkeit, die bis zu Verstimmungen gegen die amerikanisch-englischen Protektionisten geht.

Zum ersten Male ist in Genf so etwas wie eine europäisch-kontinentale Solidarität in der Bildung begriffen.

An und für sich war diese Entwicklung eine offenkundige Ueberraschung, selbst wenn man von seiten der angelsächsischen Welt gewisse Widerstände erwartete. **Nicht erwartet wurde indessen die unverhohlene Art, mit der sowohl Amerika als England ihre versteckt zugegebenen und offen angewandten schutzzöllnerischen Glaubenssätze in der gerade entgegengesetzt gedachten Konvention unterbringen wollen, um zu einem beinahe vollwertigen Ersatz für die durch Vereinbarung als unzulässig zu erklärenden Handelsverbote zu gelangen.** Amerika und England erstreben aber noch ein weiteres, nämlich ein Konventions-Etwas, dem sie die schöne Eigenschaft „elastisch" verleihen wollen, damit es nach Belieben auch in freihändlerischen Augenblicken und Anwandlungen nützlich verwendet werden kann, also eine zweischneidige Konvention, die so oder anders in Funktion zu treten vermöchte. Daß solchen Bestrebungen gegenüber selbst der in bezug auf seine praktische Nützlichkeit noch anfechtbare Entwurf zu weit geht, so daß nach Instrumenten gesucht worden ist und weiterhin gesucht wird, die den radikalen Konventionswillen so stark als möglich zu bremsen vermöchten, konnte im Verlaufe der letzten Tage nicht weiter mehr verwundern. Die indes gefundenen Instrumente sind von derart schutzzöllnerischer Wirksamkeit, daß sie der Reihe nach erwähnt werden sollen: